



Nach der SP schlagen auch Bürgerliche Alarm Politiker wollen den Prämienschock verhindern

Das Coronavirus breitet sich in der Schweiz weiter aus, die Spitäler wappnen sich für den erwarteten Ansturm und bauen ihre Intensivstationen aus. «Die Corona-Epidemie belastet das Gesundheitswesen mit Kosten in Milliardenhöhe», warnte SP-Präsident Christian Levrat (49) schon früher im BLICK. **Seine**

Forderung: Der Bund müsse nun die Corona-bedingten Kosten übernehmen, um einen Krankenkassen-Prämienschock zu verhindern.

Seither hat sich die Lage nochmals massiv verschärft. Jetzt schrillen auch im bürgerlichen Lager die Alarmglocken. **«Das Parlament muss die Explosion der Krankenkassenprämien auffangen!»**, meldet sich alt FDP-Ständerat Joachim Eder (68, ZG) bei BLICK. Schon in der ausserordentlichen Session vom Mai müsse die Problematik angepackt werden.

Selber kann Eder seine Forderungen nicht mehr ins Parlament tragen, deshalb kontaktierte er frühere Ratskollegen – und stiess auf positives Echo. «Ich werde das Thema aufnehmen», bestätigt FDP-Ständerat Damian Müller (35, LU). **«Der Bundesrat muss dafür sorgen, dass die Corona-Kosten separat ausgewiesen werden** und die Auswirkungen auf die Prämien aufzeigen.» Sobald diese Zahlen

vorliegen würden, müsse man über einen Kostenverteiler zwischen Bund, Kantonen, Krankenkassen und Spitalvertretern diskutieren.

«Nach dem Paket für die Wirtschaft braucht es ein Paket für das Gesundheitswesen. Dafür braucht es einen runden Tisch», so Müller. «Der Bund muss sicher die Hauptlast tragen. Eine Prämienschockexplosion auf Kosten des Mittelstands, der Familien und Alleinstehenden müssen wir verhindern, deshalb dürfen die Prämien keine Steigerung wegen Corona enthalten.» Er will die Problematik via Gesundheitskommission einbringen, die einen Mitbericht zuhanden der Finanzkommission plant.

Auch FDP-Ständerat Josef Dittli (62, UR) zeigt sich offen. «Das ist sicher prüfenswert», sagt der Präsident des Krankenkassenverbands Curafutura. **Eine Lösung oder ein Beitrag in diese Richtung würde allen helfen** und das Prämiensystem nachhaltig und wirksam entlasten.

CVP-Nationalrätin Ruth Humbel (62, AG) geht derweil davon aus, dass der Bund die Lage mit den Versicherern laufend analysiere. Auch für sie ist klar: «Es darf auf keinen Fall einen Prämienschock geben.» Denkbar wäre für Humbel, dass die öffentliche Hand die Tests und die Versicherer die Behandlungskosten

übernehmen würden. Sie erinnert aber auch an die Reserven der Krankenkassen, die angezapft werden könnten.

Die SP sieht sich bestätigt. «Besonders im stationären Bereich braucht es nun Massnahmen», sagt SP-Nationalrätin Barbara Gysi (55, SG). So soll etwa der Bund den 45-Prozent-Anteil der Krankenkassen bei stationären Spitalbehandlungen berapen. **«Zusätzlich soll der Bund für die Franchisen und Selbstbehalte für Covid-19-Patienten aufkommen**, ebenso für die verschreibungspflichtigen Medikamente gegen Corona.»

Die Gesundheitspolitikerin will den Mitbericht an die Finanzkommission nutzen, um entsprechende Aufträge an den Bundesrat aufzulegen. **«Wir müssen uns nun über die Parteigrenzen hinweg auf Eckwerte einigen**, um dem Bundesrat die Stossrichtung vorzugeben.» RUEDI STUDER



Ständerat Damian Müller (FDP, LU): «Der Bundesrat muss dafür sorgen, dass die Corona-Kosten separat ausgewiesen werden.»

